



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 15/20 • 28.05.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

gestern stellte Kommissionspräsidentin Von der Leyen den Vorschlag der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zum Aufbauinstrument „Next Generation EU“ in der Plenartagung des Europäischen Parlaments vor. Die Mittel des Aufbauinstruments sollen zur Verfügung stehen für Investitionen in das Wiedererstarken des sozialen Gefüges, den Schutz des europäischen Binnenmarktes und für das Ausbalancieren von Ungleichgewichten innerhalb Europas.

Sie betonte, Investitionen müssten so ausgerichtet werden, dass Europas nächste Generation auch die Früchte ernten könne. Investitionen sollen nicht nur die herausragenden Errungenschaften der vergangenen 70 Jahre bewahren, sondern auch dafür sorgen, dass die Union klimaneutral, digital, sozial und ein starker Akteur in der Welt ist und bleibt.

Entsprechend hat die Kommission ihr angepasstes Arbeitsprogramm für 2020 vorgestellt.

Die Pläne haben unweigerlich Auswirkungen auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Die Kommission schlägt aber vor, bereits den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 – 2020 zu ändern, damit bereits 2020 zusätzliche Mittel verfügbar sind.

Mehr dazu finden Sie auf [S. 4](#) und [S.12](#).

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
Vertretung bei der  
Europäischen Union

Vertretung bei der  
Europäischen Union

Vertretung bei der  
Europäischen Union



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Von der Leyen stellt Aufbauplan und langfristigen EU-Haushalt vor	
• EU-finanziertes Forschungsprojekt für neue Schnelldiagnostik von COVID-19	
• Weitere Länder erhalten Beatmungsgeräte und Schutzmasken über RescEU	
• Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen für eine nachhaltige Erholung von der Coronakrise	
• Zweiter Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung: Bürger müssen sich auch in Coronazeiten auf Datenschutz verlassen können	
• Onlineplattformen entfernen Millionen von irreführenden Angeboten angeblicher Corona-Wundermittel	
• Europäische Bürgerinitiative: Kommission schlägt Fristverlängerung wegen Corona-Pandemie vor	
• Coronavirus: EU-Industrie setzt sich für den Schutz der europäischen Bürger ein	
• Rat: Schaffung von Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>12</b>
• Kommission veröffentlicht neuen mehrjährigen Finanzrahmen und Wiederaufbauprogramm	
• U-Tourismusminister besprechen gemeinsames Vorgehen für Urlaubsreisen	
• Abgeordnete des Europäischen Parlaments fordern den Start der Konferenz zur Zukunft Europas im September während der deutschen Ratspräsidentschaft	
• Videokonferenz auf Ministerebene „Bildung“	
• Marie Skłodowska-Curie-Aktionen: EU fördert Ausbildung im Ausland	
• Informelle Videokonferenz der europäischen Minister/innen für Kultur und Medien	
• Videokonferenz auf Ministerebene „Jugend“	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>18</b>
• EYE 2020: Jungen Menschen eine Stimme zur Mitgestaltung der EU-Politik geben	
• Öffentliche Konsultation: Zukunft des Investitionsschutzes innerhalb der EU	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>19</b>
• GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle- Aufnahme in das Europa-Team	
• Amtsblatt der Europäischen Union: Stellenausschreibung	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>20</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>23</b>
• GOEUROPE – Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>25</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>26</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Von der Leyen stellt Aufbauplan und langfristigen EU-Haushalt vor

Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen hat am 27. Mai 2020 den [Vorschlag der Europäischen Kommission](#) für einen Aufbauplan nach der Coronavirus-Pandemie vorgelegt. Damit der Aufbau nachhaltig, gerecht, ausgewogen, inklusiv und fair für alle Mitgliedstaaten ist, schlägt sie vor, ein neues [Aufbauinstrument namens „NextGenerationEU“](#) zu schaffen, das in einen modernen EU-Haushalt eingebettet ist. Die Kommission hat auch ihr [Arbeitsprogramm für 2020](#) angepasst, um den nachhaltigen Umbau Europas zu priorisieren. Präsidentin von der Leyen und Haushaltskommissar Hahn werden den Vorschlag in zwei Pressekonferenzen erläutern. Der Aufbauplan „NextGenerationEU“ mit 750 Mrd. Euro und gezielte Verstärkungen des langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 erhöhen die finanzielle Schlagkraft des EU-Haushalts auf insgesamt 1,85 Billionen Euro.

Ergänzend zu den nationalen Bemühungen ist der EU-Haushalt ideal geeignet, einen fairen sozioökonomischen Aufbau voranzutreiben, den Binnenmarkt wiederzubeleben und zu stärken, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und die dringend notwendigen Investitionen in vor allem den ökologischen und den digitalen Wandel zu unterstützen, die für den Wohlstand und die Resilienz des künftigen Europas den Ausschlag geben.

Mit dem Instrument „NextGenerationEU“ werden Mittel mobilisiert, indem die Eigenmittelobergrenze vorübergehend auf 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU angehoben wird, sodass die Kommission dank ihres guten Kreditratings auf den Finanzmärkten 750 Mrd. Euro aufnehmen kann. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel werden im Wege von EU-Programmen verteilt und über einen langen Zeitraum aus künftigen EU-Haushalten zurückgezahlt – frühestens 2028 und spätestens 2058. Um dies fair und gemeinsam zu erreichen, schlägt die Kommission eine Reihe neuer Eigenmittel vor. Damit baldmöglichst Mittel bereitstehen, um den dringendsten Bedarf zu decken, schlägt die Kommission vor, den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zu ändern, damit bereits 2020 zusätzliche 11,5 Mrd. Euro verfügbar sind.

Die mobilisierten Mittel werden auf drei Säulen verteilt:

1. Mitgliedstaaten bei Investitionen und Reformen unterstützen
2. Die Wirtschaft in der EU durch Anreize für private Investitionen ankurbeln
3. Die Lehren aus der Krise umsetzen

Die EU ist entschlossen, bei den internationalen Bemühungen um einen wahrhaft globalen Aufbau eine führende Rolle zu übernehmen, insbesondere durch eine gemeinsame Koordinierung mit den Vereinten Nationen, den G20 und den G7, dem Internationalen



Währungsfonds, der Weltbank und der Internationalen Arbeitsorganisation. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zu MFR und „NextGenerationEU“](#)

## EU-finanziertes Forschungsprojekt für neue Schnelldiagnostik von COVID-19

Wissenschaftler aus dem EU-geförderten Projekt „HG nCoV19-Test“ haben die Genehmigung erhalten, eine Schnelldiagnostik für COVID-19 auf den Markt zu bringen. Das neue tragbare Diagnosesystem liefert innerhalb von 30 Minuten genaue und zuverlässige Ergebnisse. Die irische Firma HiberGene, die das Projekt koordiniert, hat am 20. Mai 2020 bekannt gegeben, dass sie für die CE-Kennzeichnung erhalten hat, die erforderlich ist, um es auf den Markt zu bringen.



„HG nCoV19-Test“ ist eines von 18 Projekten, die im Rahmen des EU-Forschungsprogramms „Horizont 2020“ 48,2 Mio. Euro für die Entwicklung von Diagnostika, Behandlungen, Impfstoffen und Bereitschaftsmaßnahmen im Kampf gegen die Coronavirus-Epidemie erhalten.

An dem Projekt sind öffentliche und private Organisationen aus Irland, Italien, dem Vereinigten Königreich und China beteiligt. Die EU unterstützt HiberGene bereits seit Juli 2020, wobei sich ihre Förderung für dieses spezielle Projekt auf 930.000 Euro beläuft. Seit Beginn der Pandemie steht die Kommission bei der Förderung von Forschung und Innovation und der Koordinierung der europäischen und weltweiten Forschungsanstrengungen an vorderster Front:

Am 4. Mai sagte sie im Rahmen der Veranstaltung „Coronavirus Global Response“ insgesamt 1,4 Mrd. Euro zu, davon 1 Mrd. Euro im Rahmen des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020, das auf die Entwicklung von Impfstoffen, neuen Behandlungsmethoden und Diagnoseinstrumenten zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus abzielt. Seit Januar 2020 wurden im Rahmen von Horizont 2020 bereits 474 Mio. Euro zur Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs mobilisiert. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)



## Weitere Länder erhalten Beatmungsgeräte und Schutzmasken über RescEU

In den vergangenen Tagen haben weitere Länder über den EU-Katastrophenschutzmechanismus medizinische Schutzausrüstung erhalten. So hat Dänemark zum Beispiel Italien medizinische Beatmungsgeräte angeboten. Litauen erhält FFP2-Masken aus der RescEU-Reserve für medizinische Ausrüstung.



© Europäisches Kommission

Diese wird vollständig aus dem EU-Haushalt finanziert. „Europäische Länder helfen sich gegenseitig, darum geht es unserer Union“, sagte Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement.

Die EU finanziert zudem die Lieferung von Desinfektionsmitteln, Decken und Bettwäsche nach Nordmazedonien, Montenegro und Georgien, die von Estland über den Katastrophenschutzmechanismus gespendet wurden.

Die Slowakei fügte ihrem Angebot an die Ukraine im Rahmen des Mechanismus Anfang dieser Woche auch Krankenwagen hinzu. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

6

## Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen für eine nachhaltige Erholung von der Coronakrise



© Europäische Kommission

Die Europäische Kommission hat am 20. Mai 2020 länderspezifische Empfehlungen vorgeschlagen, die allen EU-Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie wirtschaftspolitische Leitlinien an die Hand geben. Der Schwerpunkt liegt auf den dringendsten Herausforderungen in der Pandemie und einer nachhaltigen Erholung.



Deutschland soll durchführungsreife öffentliche Investitionen vorziehen und private Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel unterstützen, insbesondere in nachhaltigen Verkehr, saubere, effiziente und integrierte Energiesysteme, digitale Infrastruktur und Kompetenzen, Wohnbau, Bildung sowie Forschung und Innovation. Die digitalen Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen sind verbesserungswürdig. Die Empfehlungen sind auf zwei Ziele ausgerichtet: kurzfristig Abmilderung der schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen der Coronavirus-Pandemie; kurz- bis mittelfristig die Erreichung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums, das den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und den digitalen Wandel erleichtert. In der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum, wird die Wachstumsstrategie der Kommission dargelegt, die auf der Förderung wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit beruht und zum Ziel hat, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen und des Planeten aufzubauen. Angesichts des Ausbruchs der Coronavirus-Krise ist dies weiterhin von größter Bedeutung. Die Empfehlungen umfassen die vier Dimensionen wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit – Stabilität, Fairness, ökologische Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit – und legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Gesundheit. Die Empfehlungen betreffen Bereiche wie Investitionen in die öffentliche Gesundheit und die Resilienz des Gesundheitssektors, Erhaltung der Beschäftigung durch Einkommensunterstützung für die betroffenen Arbeitnehmer, Investitionen in Menschen und Kompetenzen, Unterstützung des Unternehmenssektors (insbesondere kleine und mittlere Unternehmen) und Maßnahmen gegen aggressive Steuerplanung und Geldwäsche. Wirtschaftliche Erholung und Investitionen müssen Hand in Hand gehen und angesichts des digitalen und ökologischen Wandels zu einer Neugestaltung der Wirtschaft der EU führen. • *fs Quelle: PM KOM*

7

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Europäisches Semester – Frühjahrspaket 2020: Fragen und Antworten](#)

[Factsheet: Europäisches Semester – Frühjahrspaket](#)

[Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland](#)

## Zweiter Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung: Bürger müssen sich auch in Coronazeiten auf Datenschutz verlassen können

Am 25. Mai 2020, gilt die Datenschutz-Grundverordnung seit genau zwei Jahren. Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová, zuständig für Werte und Transparenz, und EU-Justizkommissar Didier Reynders zogen in einer am 20. Mai 2020 veröffentlichten Erklärung Bilanz und betonten die Bedeutung der europäischen Datenschutzvorschriften in Coronazeiten:





„Vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie ist es wichtiger denn je, dass die Bürger sich darauf verlassen können, dass ihre Daten gut geschützt sind. Sogenannte „Tracing-Apps“, also Applikationen zur Kontaktnachverfolgung, können die Erholung von der Pandemie nur dann wirksam und flächendeckend unterstützen, wenn die Bürger darauf vertrauen, dass ihre Privatsphäre geschützt wird. In diesem Zusammenhang spielen die Datenschutz-Grundverordnung und EU-Datenschutzvorschriften eine entscheidende Rolle.“

In der gemeinsamen Erklärung heißt es weiter: „Innerhalb der letzten zwei Jahre haben diese neuen Regeln nicht nur den Umgang mit personenbezogenen Daten in Europa revolutioniert, sondern sich auch zu einem weltweiten Vorbild im Bereich des Datenschutzes entwickelt. In einer Welt, in der die Datenverarbeitung eine immer größere Rolle spielt, sorgt die Datenschutz-Grundverordnung dafür, dass die Bürger mehr Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten haben. Gleichzeitig schafft sie einen Rahmen für vertrauenswürdige Innovation. Die Datenschutz-Grundverordnung ist ein Eckpfeiler des digitalen Wandels in Europa. (...) Unsere zentrale Priorität für die kommenden Monate ist es, weiterhin für eine ordnungsgemäße und einheitliche Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung in den Mitgliedstaaten zu sorgen. Wir werden unsere enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Datenschutzausschuss und den nationalen Datenschutzbehörden sowie mit den Unternehmen und der Zivilgesellschaft fortsetzen, um die Umsetzung der neuen Vorschriften zu begleiten und zu erleichtern. Auf der Grundlage unserer Erfahrungen werden wir in der Lage sein, die sichere Entwicklung neuer Technologien zu steuern. Wir werden weiterhin mit unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten, um kohärente Datenschutzstandards zu entwickeln und den sicheren Datenverkehr zu fördern.“ • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung zum zweiten Jahrestag der Datenschutz-Grundverordnung](#)

[Online-Leitlinien zu den EU-Datenschutzvorschriften](#)

[Digitale Technologien – mit innovativen Lösungen die Coronakrise meistern](#)

## **Onlineplattformen entfernen Millionen von irreführenden Angeboten angeblicher Corona-Wundermittel**

Infolge eines EU-weiten Screenings („Sweep“) von Websites haben Onlineplattformen Millionen von falschen und betrügerischen Inhalten entfernt oder blockiert. Die Europäische Kommission hatte das Screening Ende April angestoßen, um irreführende Inhalte, die gegen die EU-Verbraucherregeln verstoßen, zu identifizieren und zu beseitigen. Durchgeführt wurden die Kontrollen von den im Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) zusammengeschlossenen Behörden.



Alle Verbraucherschutzbehörden der 27 EU-Mitgliedstaaten nahmen an dem Screening der Plattformen teil und übermittelten 126 Antworten, die sowohl die Unternehmen betrafen, mit denen die Kommission in regelmäßigem Kontakt steht, als auch zusätzliche nationale Akteure. Besondere Aufmerksamkeit galt den Screening-Angeboten im Zusammenhang mit Schutzmasken und -kappen, Desinfektionsgelen, Testkits sowie Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmitteln und Non-Food-Produkten mit angeblich heilender Wirkung im Zusammenhang mit dem Coronavirus.

Insgesamt wurden 268 Websites gescreent, von denen 206 zur weiteren Untersuchung wegen möglicher Verstöße gegen das EU-Verbraucherrecht vorgemerkt wurden.

• *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission EN](#)

[Website der Kommission: Betrugsmaschen im Zusammenhang mit COVID-19](#)

[Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz \(CPC\)](#)

[„Sweeps“ - EU-weite Überprüfung von Websites EN](#)

## **Europäische Bürgerinitiative: Kommission schlägt Fristverlängerung wegen Corona-Pandemie vor**

9

Die Organisatoren von Europäischen Bürgerinitiativen begegnen in Coronazeiten besonderen Herausforderungen. Deshalb hat die EU-Kommission am 20. Mai 2020 vorgeschlagen, die Fristen für die Unterschriftensammlung, Überprüfung der Unterstützungsbekundungen und anschließende Bewertung von Europäischen Bürgerinitiativen (EBI) zu verlängern. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zeitlich befristet und sollen den Organisatoren von Bürgerinitiativen bei der Bewältigung der Herausforderungen in Corona-Zeiten helfen, wo öffentliche Kampagnen und das Sammeln von Unterstützungsbekundungen in Papierform nahezu unmöglich geworden sind.

Für alle Initiativen, die am 11. März 2020 liefen, dem Tag, an dem die Weltgesundheitsorganisation den Ausbruch des Coronavirus zu einer weltweiten Pandemie erklärte, will die Kommission den Zeitraum für das Sammeln von Unterstützungsbekundungen um 6 Monate verlängern.

Initiativen, die ihre Unterschriftensammlung nach dem 11. März begonnen haben, sollten von einer "angemessenen Verlängerung" profitieren. Dies bedeutet, dass die einjährige Sammelfrist erst ab dem 11. September gezählt wird, die Europäischen Bürgerinitiativen jedoch bereits vor diesem Datum mit der Sammlung von Unterschriften beginnen können. Die Kommission kann weitere Verlängerungen der Sammelfristen einführen, falls nationale Maßnahmen als Reaktion auf die Pandemie fortgesetzt werden oder im Fall eines neuen Ausbruchs.



Der Kommissionsvorschlag sieht außerdem mögliche Verlängerungen bis zu drei Monaten für die Überprüfung und Bewertung der Initiativen vor, die den Prozess der Unterschriftensammlung abgeschlossen haben.

Die vorgeschlagenen vorübergehenden Maßnahmen müssen nun vom Europäischen Parlament und vom Rat genehmigt werden. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Vorschlag der Kommission zu Fristverlängerungen](#)

[Website der Europäischen Bürgerinitiative](#)

## Coronavirus: EU-Industrie setzt sich für den Schutz der europäischen Bürger ein

Europäische Unternehmen haben schnell auf diese Krise reagiert. Sie haben sich außerordentlich solidarisch gezeigt, um gemeinsam der Pandemie zu begegnen und die Gesundheit der europäischen Bürger zu schützen. Viele Unternehmen in ganz Europa haben ihre Produktion umgerüstet und überarbeitet, um der Nachfrage nach persönlichen Schutzausrüstungen (PSA), Desinfektionsmitteln und Medizinprodukten gerecht zu werden. Am 26. Mai 2020 hat die Kommission ein [Factsheet](#) und ein [interaktives Tool](#) veröffentlicht, in dem Geschichten von Unternehmen gesammelt werden, die lebenswichtige Produkte zur Bekämpfung des Virus in ganz Europa herstellen. Der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton sagte: „Ich möchte den Unternehmen von ganzem Herzen dafür danken, dass sie ihre Produktionsanlagen umgebaut haben, um den Europäern unverzüglich den Zugang zu den Schutzausrüstungen zu erleichtern, damit sie sicher sind. Die Kommission erleichtert dies entweder durch das, was in unserer Macht steht, oder durch Koordinierungsarbeit mit unseren Mitgliedstaaten. Wir werden diese Krise nur überwinden, wenn wir zusammenarbeiten. Dabei spielt unsere Branche eine entscheidende Rolle.“ Von Brenneren bis hin zu Textilunternehmen hat die Industrie ihr Know-how in den Dienst der Bürger gestellt, um beispielsweise Masken, Schutzkleider, Handdesinfektionsmittel und Ventilatoren herzustellen.

Um die Zulassung wesentlicher Produkte zu beschleunigen und Unternehmen bei der Anpassung ihrer Produktionslinien zu unterstützen, veröffentlichte die Kommission außerdem Leitlinien mit praktischen Q&As in folgenden Bereichen: PSA, Handreiniger und Handdesinfektionsmittel sowie 3D-Druck. • *fs Übersetzung Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission EN](#)



## Rat: Schaffung von Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten

Der Rat nahm im Wege des schriftlichen Verfahrens Folgerungen zur Verbesserung der Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten an. In den Folgerungen wird anerkannt, dass die Bevölkerung der EU vor allem in ländlichen und abgelegenen Gebieten altert. Auf der anderen Seite wird die Verstädterung als einer der wichtigsten Treiber für den Wandel identifiziert, der erhebliche Auswirkungen auf verschiedene EU-Politiken hat.

Diese Trends führen dazu, dass in ländlichen und abgelegenen Gebieten eine bessere Verfügbarkeit und Zugänglichkeit öffentlicher und kommerzieller Dienstleistungen, hochwertige Arbeitsplätze und Bildung, digitale und physische Infrastrukturen, öffentliche Verkehrsmittel und Freizeitaktivitäten gewährleistet werden müssen.

In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Ansätze zur Verringerung der Ungleichheiten zwischen städtischen und abgelegenen/ländlichen Gebieten zu fördern und sektorübergreifende Maßnahmen zu entwickeln, die die Ansichten und Perspektiven junger Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten widerspiegeln. Die Schlussfolgerungen fördern das Unternehmertum, einschließlich des sozialen Unternehmertums, sowie verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, junge Menschen durch verschiedene Formen der aktiven Bürgerschaft, wie Freiwilligentätigkeit und Solidaritätsmaßnahmen, zu ermutigen, sich am Leben der lokalen Gemeinschaften zu beteiligen und es auch weiterhin zu tun.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden außerdem aufgefordert, Synergien zwischen EU-Programmen und -Initiativen wie Erasmus+, Europäisches Solidaritätskorps, Europäischer Sozialfonds und Jugendgarantie zu fördern. • *fs Übersetzung Quelle: PM Rat*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung des Rates EN](#)

[Vollständige Schlussfolgerung EN](#)



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### **Kommission veröffentlicht neuen mehrjährigen Finanzrahmen und Wiederaufbauprogramm**

Am 27. Mai 2020 hat die Kommission Vorschläge für einen modifizierten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021-2027 gemeinsam mit einem Wiederaufbauprogramm veröffentlicht. Insgesamt sollen hiermit bereits ab Ende 2020 Mittel in Höhe von etwa 1,9 Billionen Euro mobilisiert werden, um schnellstmöglich die wirtschaftliche Erholung anzukurbeln und in Gesundheitsleistungen und -forschung zu investieren sowie längerfristig auf Basis der Kernziele der EU eine nachhaltige Entwicklung nach dem Modell des Europäischen Grünen Deals u.a. auf Basis von Digitalisierung und der Wiederbelebung und Stärkung des Binnenmarkts voranzutreiben.

Zur Bereitstellung des Wiederaufbauprogramms "Next Generation EU" soll vorübergehend die Eigenmittelobergrenze auf 2% des EU-Bruttonationaleinkommens angehoben werden, um bereits in kürzester Zeit etwa 750 Mrd. Euro auf Basis von EU-Anleihen auf die MFR der Jahre 2028-2058 Fördermittel vergeben zu können. Auch der aktuelle MFR soll modifiziert werden, um bereits im Jahr 2020 für wichtige Maßnahmen zusätzliche 11,5 Mrd. Euro mobilisieren zu können.

Das Programm "Next Generation EU" enthält dabei ein Wiederaufbauinstrument, das 310 Mrd. Euro an Zuschüssen und 250 Mrd. Euro an Krediten für alle EU-Mitgliedstaaten bereitstellen soll und sich vorwiegend an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Staaten orientieren wird. Durch die Einbettung des Instruments in den jährlichen wirtschaftspolitischen Steuerungsprozess des Europäischen Semesters soll gewährleistet werden, dass zielgerichtete Investitionen und Reformen zu einer wirksamen Erholung beitragen. Zudem ist beabsichtigt, bis 2022 zusätzliche 55 Mrd. Euro in die Regionalpolitik der EU zu investieren, um durch Strukturfondsförderungen weitere notwendige Investitionen für die Bewältigung der sozioökonomischen Folgen der Krise zu ermöglichen. Zur konsequenten Ausrichtung des Wiederaufbaus an den politischen Zielen der EU soll eine Erhöhung des Fonds für einen gerechten Übergang von ehemals 7,5 Mrd. Euro auf 40 Mrd. Euro den Strukturwandel zur Klimaneutralität europäischer Regionen verstärkt vorantreiben. In diesem Zusammenhang sollen auch zusätzliche 15 Mrd. Euro für den Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) bereitgestellt werden.

Um private Investitionen in die europäische Wirtschaft anzustoßen soll ferner eine Reihe an Maßnahmen in Höhe von insgesamt etwa 200 Mrd. Euro getroffen werden, darunter eine Erhöhung des EU-Investitionsprogramms InvestEU und die Einführung eines EU-Instruments zur Bereitstellung von Kapitalzuschüssen für Unternehmen.

Ergänzend sieht der Vorschlag der Kommission vor, zur Bewältigung zukünftiger vergleichbarer Krisen u.a. ein EU-Gesundheitsprogramm von 9,4 Mrd. Euro einzuführen, das



EU-Katastrophenschutzverfahren um 2 Mrd. Euro auszubauen, das nächste Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa auf 94,4 Mrd. Euro zu erhöhen und weitere 16,5 Mrd. Euro für den Europäischen Auswärtigen Dienst für die internationale Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

Hierzu hat die Kommission bereits ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 angepasst und fordert nun die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament dazu auf, schnellstmöglich den MFR-Vorschlag abzusegnen, damit dringend notwendige Fördermaßnahmen umgesetzt werden können. In diesem Rahmen sollten laut Kommissionsentwurf auch die Vorschläge über die Einführung für den vergrößerten MFR notwendiger Eigenressourcen, wie z.B. die Besteuerung von Unternehmen, die besonders vom Binnenmarkt profitieren, Berücksichtigung finden. • *df Quelle: KOM*

## **EU-Tourismusminister besprechen gemeinsames Vorgehen für Urlaubsreisen**

Die EU-Tourismusminister haben am 20. Mai in einer Videokonferenz über die Perspektiven für Urlaubsreisen innerhalb Europas diskutiert. Gesprächsgrundlage waren die am 13. Mai von der EU-Kommission vorgelegten Leitlinien, um Tourismus und Reisen trotz der anhaltenden Corona-Pandemie wieder möglich zu machen (siehe auch EU-Wochenspiegel Ausgabe 13/20 vom 14. Mai). Für Deutschland nahm Thomas Bareiß (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Beauftragter der Bundesregierung für Tourismus und für Mittelstand, an der Videokonferenz teil. Er führte aus, dass eine abgestimmte, auf Gegenseitigkeit beruhende und nichtdiskriminierende Wiederbelebung des innereuropäischen Reiseverkehrs mit Augenmaß erfolgen müsse. Dabei müsse eine sorgfältige Abwägung zwischen gesundheitlichen Risiken und wirtschaftlichen Interessen der Maßstab sein.

Die Minister begrüßten die Empfehlungen der EU-Kommission als einen notwendigen ersten Schritt zur Erholung des Tourismussektors. Sie sprachen sich zudem für eine stärkere Koordination im Tourismussektor auf EU-Ebene sowie für Entscheidungen auf Basis von epidemiologischen Daten aus.

Die Pläne der EU-Kommission zur Einrichtung einer interaktiven Webseite, die alle relevanten Daten für Reisende in Echtzeit enthalten soll, stießen auf ein positives Echo. Mehrere Mitgliedstaaten waren der Ansicht, dass der Tourismussektor eine rasche und gezielte finanzielle Unterstützung auf EU-Ebene benötige, um die Auswirkungen der COVID-19-Krise zu bewältigen. Was Fluggäste betrifft, deren Flüge aufgrund der Pandemie annulliert wurden, so forderten einige Minister die EU-Kommission auf, den Mitgliedstaaten zusätzliche Flexibilität einzuräumen, damit sie Liquiditätsprobleme von Fluggesellschaften angehen können. Die Tourismusminister wiesen angesichts der bevorstehenden Sommersaison auch auf die Notwendigkeit von Fristen zur zeitnahen Umsetzung des Maßnahmenpakets hin. Bereits am 18. Mai hatten sich der deutsche Außenminister Heiko Maas und seine Amtskollegen aus Spanien, Italien, Österreich, Griechenland, Kroatien, Portugal, Malta, Slowenien, Zypern und Bulgarien in einer gemeinsamen Erklärung für ein koordiniertes



Vorgehen bei der schrittweisen und reziproken Öffnung der Grenzen für Touristen ausgesprochen. • *dw Quelle: Rat*

## **Abgeordnete des Europäischen Parlaments fordern den Start der Konferenz zur Zukunft Europas im September während der deutschen Ratspräsidentschaft**

Am 9. Mai 2020 - dem Europatag - hätte eigentlich der Startschuss für die Konferenz zur Zukunft Europas, organisiert von Parlament, Rat und Kommission, fallen sollen. Wegen des Ausbruchs des Coronavirus geriet das [Vorhaben](#), das Bürger/innen und Nichtregierungsorganisationen zwei Jahre lang breit beteiligen sollte, zunächst in den Hintergrund. In der [Resolution](#) vom 17. April zur Antwort der EU auf die Covid-19 Pandemie forderten die europäischen Abgeordneten, dass die Konferenz schnell nachgeholt werde und grundlegende Reformen der EU behandle. Dies wurde auch in der [Erklärung](#) der Konferenz der Präsidenten des EP vom 7. Mai bekräftigt.

Am 25. Mai wiesen die EP-Abgeordneten im AFCO-Ausschuss für konstitutionelle Fragen noch einmal drauf hin, wie notwendig angesichts der Corona-Krise Reformen der Europäischen Union seien. Die offensichtlichen Reaktionsschwierigkeiten der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen in der Krisenzeit indizierten einen offenen, notfalls digital geführten Diskurs im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas. Er solle unter Einbeziehung der Bürger und der Zivilgesellschaft als Basis für effektive Reformen, ggf. sogar der EU-Verträge dienen. Sie forderten eine diesbezügliche Einigung der europäischen Institutionen noch vor der Sommerpause. Im Gegensatz zu Kommission und Parlament hat der Europäische Rat bisher noch keine einheitliche Position zur Konferenz finden können, was sich jedoch bald ändern könnte.

Inhaltlich ist zu erwarten, dass vorrangig nicht nur wie bisher geplant die Punkte Bewältigung des Klimawandels, soziale Gerechtigkeit und digitaler Wandel prioritär wären, sondern auch etwa die Einführung eines europäischen Gesundheitssystems, stärkere Digitalisierung der Verfahren in der EU und die Einführung neuer finanzieller Instrumente zur Bewältigung der Krise.

Die Frage eines Starts der Zukunftskonferenz während der deutschen Ratspräsidentschaft wird auch von der weiteren Entwicklung der Pandemie abhängen. Bundeskanzlerin Merkel hat sich in den vergangenen Wochen offen für Vertragsänderungen hin zu mehr Integration gezeigt. • *ml Quelle: PM Rat*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

[Artikel im Magazin Euractiv](#)



## Videokonferenz auf Ministerebene „Bildung“

Die EU-Bildungsminister/innen erörterten am 18. Mai 2020 im Rahmen einer Videokonferenz die Auswirkungen der schrittweisen Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 auf den Bereich Bildung.

Es fand ein Gedankenaustausch zur Öffnung von Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung statt. Ferner berieten sie über die Organisation von Schulabschlussprüfungen und die Zulassung zum Hochschulstudium. Sie erörterten, wie sich die COVID-19-Maßnahmen auf die grenzüberschreitende Lernmobilität, einschließlich des Programms Erasmus+, auswirkt und mit welchen Maßnahmen die Fortsetzung der laufenden und der geplanten Austauschprogramme erleichtert werden könnte.

Schließlich stellte Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Prioritäten der Deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Bildung vor. • *ah Quelle: PM Rat*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Marie Skłodowska-Curie-Aktionen: EU fördert Ausbildung im Ausland für 2.000 Doktoranden

Mit einem Gesamtbudget von 530 Mio. Euro wird die Europäische Kommission 147 innovative Ausbildungsnetzwerke im Rahmen ihres Marie Skłodowska-Curie-Aktionsprogramms unterstützen. An den Netzwerken sind 1.373 Organisationen, darunter 158 KMU, beteiligt. Sie werden 2.000 Doktoranden auf der ganzen Welt erstklassige Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten, darunter auch vielen aus Deutschland. Die ausgewählten Projekte decken eine Vielzahl von Forschungsbereichen ab, darunter Ingenieurwissenschaften (31 Prozent), Biowissenschaften (24 Prozent) und Sozialwissenschaften (10 Prozent). • *fs Quelle: PM KOM*

Die vollständige Liste der ausgewählten Projekte finden Sie [hier](#).

## Videokonferenz auf Ministerebene „Kultur und Medien“

Am 19. Mai 2020 fand eine [Videokonferenz des Kulturministerrates](#) statt zu den Auswirkungen der COVID-19 Krise auf den kulturellen und kreativen Sektor. Der Austausch befasste sich vor allem mit zwei Fragestellungen:

1. Welche Schritte werden die Mitgliedstaaten nach der Umsetzung der ersten Maßnahmen zur Eindämmung des Niedergangs des Kultur- und Kreativsektors in der



kommenden Zeit unternehmen, insbesondere im Hinblick auf die erwartete allmähliche Aufhebung der Beschränkungen?

2. Was sind die wichtigsten Lehren, die aus der COVID-19-Krise für den Kultur- und Kreativsektor gezogen wurden?

Alle Mitgliedstaaten berichteten über vollzogene oder unmittelbar anstehende Öffnungsmaßnahmen, die auch Kultureinrichtungen betreffen. Museen, Galerien, Bibliotheken, Archive u.ä. könnten überall in der EU inzwischen mit entsprechende Hygieneauflagen wieder öffnen. Allerdings seien größere Kulturveranstaltungen noch längere Zeit sehr schwierig, sodass der kulturelle und kreative Sektor weiterhin mit am stärksten und am längsten betroffen sein dürfte.

Die Minister waren sich einig, dass es notwendig sei, bei der Umsetzung des Programms "Creative Europe" und seiner Finanzierung nach 2020 maximale Flexibilität zu erreichen. Sie schlugen vor, Maßnahmen zur Unterstützung des kulturellen und kreativen Sektors in die EU-Initiativen zur Wiederbelebung der Wirtschaft aufzunehmen. Die Minister betonten die entscheidende Rolle der Medien und zuverlässiger Informationen sowie die Notwendigkeit, die Unterstützung des audiovisuellen Sektors sicherzustellen.

Abschließend stellten Prof. Monika Grütters, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, gemeinsam mit Michelle Müntefering, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, das Programm der Deutschen Ratspräsidentschaft für den Bereich Kultur und Audiovisuelles vor. • *ah Quelle: PM Rat*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung des Rates](#)

## Videokonferenz auf Ministerebene „Jugend“

Die Minister/innen führten am 19. Mai einen Gedankenaustausch über die Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs auf junge Menschen und Jugendorganisationen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen insbesondere die eingeschränkte Mobilität, die geringere Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen, der eingeschränkte Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten, die Notwendigkeit einer verstärkten Nutzung digitaler Instrumente sowie die Herausforderungen bei der Umsetzung von Aktivitäten im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps.

Bei dem Gedankenaustausch ging es um folgende Fragen:

1. Wie hat sich COVID-19 auf den Zugang junger Menschen zu Dienstleistungen (einschließlich Gesundheit und Beratung), digitalen Instrumenten, Jugendbeteiligung und Beschäftigungsmöglichkeiten ausgewirkt?



2. Welche Maßnahmen können auf nationaler und EU-Ebene ergriffen werden, um den Jugendsektor in den von der COVID-19-Pandemie betroffenen Bereichen zu unterstützen?

Die Minister/innen ermittelten verschiedene Maßnahmen, um jungen Menschen bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie zu helfen, insbesondere

- durch mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps
- durch Aufnahme jugendspezifischer Politiken und Maßnahmen in die Initiativen der EU zur Erholung nach der Pandemie
- durch Hilfe für schutzbedürftigere Gruppen wie junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen oder in abgelegenen und ländlichen Gebieten
- durch Gewährleistung von Möglichkeiten für Aktivitäten während der Sommerpause, z.B. Teilnahme an Sommerlagern

Der kroatische Vorsitz dankte den Mitgliedstaaten für ihren Beitrag zur Fertigstellung der Schlussfolgerungen des Rates zum Thema „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“. Diese Schlussfolgerungen werden im schriftlichen Verfahren angenommen. • *ah Quelle: PM Rat*

Mehr Informationen:

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Ergebnisse der Videokonferenz auf Ministerebene „Kultur“ \(Website des kroatischen Ratsvorsitzes, 19. Mai 2020\)](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### EYE 2020: Jungen Menschen eine Stimme zur Mitgestaltung der EU-Politik geben

Das Europäische Jugendevent (EYE) „EYE online“ geht nach der Verschiebung von EYE2020 aufgrund der Pandemie in die letzte Woche und bietet jungen Menschen aus der EU und darüber hinaus die Möglichkeit, sich virtuell mit Experten, Entscheidungsträgern, Aktivisten und Influencern zu treffen und sich mit ihnen auszutauschen.

Im Rahmen der Kampagne #EuropeansAgainstCovid19 wird auf die Sorgen der Jugendlichen in Bezug auf die Rolle der EU bei der Coronakrise eingegangen.

In der letzten Woche können die Teilnehmer mit führenden EU-Politikern wie EP-Präsident Sassoli, den EP-Vizepräsidenten Katarina Barley und Othmar Karas, der EZB-Präsidentin Christine Lagarde sowie mehreren EU-Kommissaren und Mitgliedern des Europäischen Parlaments debattieren.

EP-Präsident David Sassoli, der die Veranstaltung am Freitag, den 29. Mai abschließen wird, sagte: „Wir bemühen uns, auch in schwierigen Zeiten Chancen auszumachen und zu nutzen. „EYE online“ hebt das Europäische Jugendevent auf die nächste Stufe, indem es einer noch größeren Zahl junger Menschen aus Europa und darüber hinaus ermöglicht, sich an der demokratischen Debatte zu beteiligen und Ideen für die Zukunft Europas zu äußern. Das EYE ist für alle noch leichter zugänglich und inklusiver geworden“.

[Das vollständige Programm und weitere Informationen zu EYE online sind hier verfügbar.](#)

Bislang sind die Veranstaltungen insgesamt mehr als 500.000 Mal besucht worden. Die Aktivitäten werden auf der [EYE-Facebook-Seite](#) gestreamt. • *ah Quelle: PM EP*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### Öffentliche Konsultation: Zukunft des Investitionsschutzes innerhalb der EU

Die Europäische Kommission hat am 27. Mai 2020 eine öffentliche Konsultation über den Schutz und die Erleichterung grenzüberschreitender Investitionen innerhalb der EU eingeleitet. Hintergrund ist die durch ein EuGH-Urteil veranlasste, kürzlich vollzogene Beendigung der bilateralen Intra-EU-Investitionsschutzverträge durch 23 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland.

Die Kommission fordert interessierte Einzelpersonen, Interessenvertretungen, Verbände, Organisationen und Behörden auf, ihre Meinung zu den Stärken oder Schwächen grenzüberschreitender Investitionen in der EU zu äußern. Ziel ist es, den derzeitigen Investitionsschutz zu bewerten und Impulse für künftige politische Initiativen der Kommission zu sammeln.

Die Konsultation läuft [hier](#) bis zum 8. September 2020. • *fs Quelle: PM KOM*



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

## GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle- Aufnahme in das Europa-Team

GOEUROPE! und das EDIC Halle hatten geplant, mit jungen Sachsen-Anhalter/innen Ende Mai nach Straßburg zu fahren. Das funktioniert leider wegen Corona erstmal nicht – dafür wird eine Woche später, vom 05. bis 07. Juni 2020, immerhin das zweite Teamer/innen-Ausbildungsseminar in der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg stattfinden.

Du möchtest zukünftig Teil des Europa-Teams sein und u.a. Jugendliche bei Schulprojekttagen mithilfe von Planspielen über die EU informieren – dann melde dich jetzt unter [www.team.go-europe-lsa.de](http://www.team.go-europe-lsa.de) an und sei dabei! • *Gastartikel*

## Amtsblatt der Europäischen Union

STELLENAUSSCHREIBUNG ECA/2020/14 — Generalsekretär (m/w/d)

Allgemeine Angaben:

Bezeichnung der Planstelle:	Generalsekretär (m/w/d)
Funktions- und Besoldungsgruppe:	Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 16
Rechtsgrundlage:	Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union
Ort der dienstlichen Verwendung:	Europäische Rechnungshof
Bewerbungsschluss:	7. Juli 2020 um 12 Uhr mittags (Luxemburger Ortszeit)
Gewünschter Dienstantritt:	N.A.

• *fs Quelle: Amtsblatt der EU*

Mehr dazu [hier](#).



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)



Wir stehen Unternehmen zur Seite

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Gesuch Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
<b>Forschungsgesuch</b>  Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: <a href="mailto:kooperation@een-sachsen-anhalt.de">kooperation@een-sachsen-anhalt.de</a>	<p><b>Partner zur Entwicklung und Herstellung eines molekularen In-vitro-Diagnostik-Kits (IVD-Kit) gesucht</b></p> <p>Das spanische Biotech-Unternehmen ist Experte in der Entwicklung von Instrumenten für die Früherkennung von Dickdarmkrebs auf der Grundlage minimal-invasiver Ansätze. Es verfügt über eine molekulare Signatur, die auf einigen Protein- und Mikro-RNA (miRNA)-Biomarkern basiert, und sucht nach Partnern für ein Konsortium zur Herstellung von Antikörpern, zur Entwicklung von Tests für miRNAs und zur Herstellung des Kits. Das Projekt wird dem Fast-Track-to-Innovation-Programm H2020 vorgelegt. Die gesuchten Partner müssen über Fachwissen in einem der folgenden Bereiche verfügen: Erzeugung von Antikörpern und/oder Assays für miRNAs und/oder Herstellung von Reagenzien.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a>.</p> <p>Referenznummer: RDES20200512001</p>
<b>Forschungsgesuch</b>  Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: <a href="mailto:kooperation@een-sachsen-anhalt.de">kooperation@een-sachsen-anhalt.de</a>	<p><b>Entwicklung einer Fahrzeug-zu-Infrastruktur-Lösung für massiven Daten-Upload und -Analyse durch LiFi: ÖPNV-Betreiber oder Erstausrüster gesucht</b></p> <p>Ein französisches Unternehmen, Experte für elektronische eingebettete Systeme,</p>



		<p>entwickelt eine Telecommunication Control Unit (TCU) mit LiFi-Technologie für Verkehrsbetriebe, um große Datenmengen von Fahrzeugen auf die Infrastruktur zu übertragen. Das Unternehmen sucht im Rahmen des europäischen Kooperationsprojekts H2020 Fast Track Innovation nach Betreibern öffentlicher Verkehrsmittel oder OEMs (Erstausrüster). Diese sollen das System im Rahmen von Anwendungsfällen bei der Übertragung/Speicherung/Analyse von Fahrzeugdaten zur Infrastruktur testen. Das Unternehmen ist offen für die Besprechung genauer Anwendungsfälle im Hinblick auf die Bedürfnisse im realen Betrieb.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a>.</p> <p>Referenznummer: RDFR20200515001</p>
<b>Technologiesuch</b>  Singapur	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: <a href="mailto:kooperation@een-sachsen-anhalt.de">kooperation@een-sachsen-anhalt.de</a>	<b>Trockennebel-Desinfektionsmittel zur Verwendung mit Desinfektionsroboter in Wohnungen und kleinen Büros gesucht</b>  Ein KMU aus Singapur sucht nach einem ungiftigen, babysicheren Desinfektionsmittel, das für den Heimgebrauch zertifiziert ist. Dieses Desinfektionsmittel soll in einem autonomen Desinfektionsroboter verwendet werden, um Bakterien und Viren auf exponierten Oberflächen zu desinfizieren und abzutöten und die Luft zu desinfizieren. Das Unternehmen sucht Partner über Lizenz- oder technische Kooperationsvereinbarungen, mit dem Interesse, gemeinsam eine bilaterale Finanzierung zu beantragen.  Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a> .  Referenznummer: TRSG20200513001
<b>Geschäftliches Gesuch</b>  Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22	<b>Innovative Einweg-Medizinprodukte für die Behandlung von gynäkologischen und urologischen Problemen gesucht</b>  Ein international tätiger Vertreter von Medizinprodukten aus Großbritannien sucht



	E-Mail: <a href="mailto:kooperation@een-sachsen-anhalt.de">kooperation@een-sachsen-anhalt.de</a>	nach neuen, innovativen Einweggeräten, die in der Chirurgie zur Behandlung urologischer und gynäkologischer Probleme von Frauen eingesetzt werden sollen. Das Unternehmen sucht nach Herstellern, die im Rahmen einer Vertriebs-Service-Vereinbarung arbeiten.  Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a> .  Referenznummer: BRUK20200519001
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter [https://twitter.com/EEN\\_LSA?lang=de](https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de)



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

### Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche!

Vom 29. bis zum 30. Mai 2020 sollte in Straßburg das European Youth Event (kurz EYE genannt) stattfinden. Bei diesem Event treffen sich Jugendliche aus ganz Europa im Europäischen Parlament in Straßburg und diskutieren mit EntscheidungsträgerInnen und ReferentInnen aktuelle politische Themen. Ziel dieser Veranstaltung ist einerseits die Auseinandersetzung mit europäischen Themen und andererseits der Zugang zu den Ideen der jüngeren Generation für die Abgeordneten.

1. Das European Youth Event findet alle zwei Jahre im Europäischen Parlament in Straßburg statt. Doch seit wann gibt es das EYE überhaupt?

- A) seit 2002
- B) seit 2008
- C) seit 2014

2. Beim EYE treffen sich junge EuropäerInnen zwischen 16 und 30 Jahren. Wie viele BesucherInnen nahmen 2018 ungefähr am European Youth Event teil?

- A) ca. 2000
- B) ca. 8000
- C) ca. 13.000

3. Im Zusammenhang mit dem European Youth Event hört man oft auch von den sogenannten „European Youth Hearings“. Was versteht man darunter?

- A) inszenierte Verhandlungen mit Jugendlichen im EU-Parlament
- B) die Übersetzung der Veranstaltungen für Gehörlose in Gebärdensprache
- C) Sitzungen mit Parlamentsabgeordneten und Jugendlichen



Lösung:

1. C) In diesem Jahr hätte das European Youth Event zum vierten Mal stattgefunden. Seit 2014 lädt das Europäische Parlament alle zwei Jahre junge Europäer/innen zu diesem Event ein. Nach der Verschiebung des diesjährigen EYE's wurde seit April jedoch regelmäßig online für Ersatz gesorgt. Noch bis zum 29.05.2020 finden täglich Online-Veranstaltungen statt – nähere Informationen sowie Videos finden Sie [hier](#).

2. B) 2018 wurden etwa 8000 Jugendliche aus ganz Europa im Europäischen Parlament in Straßburg erwartet. Vier Jahre zuvor, bei der ersten Durchführung dieses Events, waren es schätzungsweise 5000 junge Menschen, 2016 ca. 7500 EuropäerInnen.

3. C) Einige Monate nach dem EYE stellen junge Menschen in den „European Youth Hearings“ ausgewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments die während des Events von den Jugendlichen eingebrachten und in einem Bericht zusammengetragenen Ideen vor. In diesen Sitzungen können sich die ehemaligen EYE-TeilnehmerInnen mit den Abgeordneten über die Ideen austauschen.



## Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	<a href="#">E-Mail</a>
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Florentine Stäuber (FS)	ÖA, Veranstaltungen, Besuchergruppen	...32	<a href="#">E-Mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat	...31	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Florentine Stäuber

### Fotos

Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.  
Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlich-  
keitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt  
herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch  
von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum  
Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch  
ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden  
Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise  
verwendet werden, die als Parteinahme der  
Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen  
verstanden werden könnte.

